



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Berthelsdorfer, Friedrich v.: Frankreichs Militärpolitik und Europas Freiheit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 17. August 1921

Deutschland kann nur durch Deutschland
gerettet werden.

Frhr. v. Stein 1809 an Gneifenau

Frankreichs Militärpolitik und Europas Freiheit

Von Friedrich v. Berthelsdorfer



Die Vereinigten Staaten haben England, Japan, Frankreich, Italien und China zu einer Konferenz eingeladen, auf der die Probleme des Stillen Ozeans und die Abrüstung besprochen werden sollen. Die französische Regierung hat darauf im „Temps“ am 14. Juli darlegen lassen, daß das Problem der Abrüstung zu Lande erst dann geprüft werden könne, wenn eine sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gegeben sei. Diese könne allein darin erblickt werden, daß den Abmachungen über den französisch-britisch-amerikanischen Garantievertrag vom 28. Juni 1919 gegen jeden nicht provozierten Angriff Deutschlands eine dauernde Gestalt gegeben werde.

Ferner hat General Weygand am 16. Juli in einem Interview gesagt, Frankreich werde niemals abrüsten, bevor Deutschland nicht endgültig und tatsächlich entwaffnet sei. Und in seiner Rede vom 11. Juli hat Briand ausgesprochen, die volle Sicherheit Frankreichs werde erst dann eintreten, wenn „das deutsche Volk sich endlich darüber Rechenschaft ablegt, daß ihm auf den Wegen der Revanche, des Militarismus und des Pangermanismus nur Gefahren und Katastrophen erwachsen.“ Und vorher ruft er der Kammer zu: „Qui peut résister à la France dans la position militaire qu'elle a? Qui? Personne.“

Frankreich wird also nicht entwaffnen, trotzdem nach dem Friedensvertrag die Entwaffnung Deutschlands „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen“ soll. Frankreich wird nicht entwaffnen, weil, wie es genau weiß, Amerika niemals das von Wilson im Jahre 1919 abgeschlossene Garantieabkommen annehmen wird. Deutschlands endgültige und tatsächliche Entwaffnung aber wird Frankreich nicht anerkennen, so lange

noch ein Deutscher den Glauben an seines Volkes Zukunft in sich trägt, so lange das deutsche Volk sich nicht willenlos französischer Willkür und französischem Sklavenjoch beugt. Frankreich wird also stets Gründe für den Beibehalt seiner starken Rüstung finden.

Deutschland ist entwaffnet, so gründlich entwaffnet, daß selbst Briand in seiner Kammerrede vom 11. Juli erklären mußte, der Chef der Entwaffnungskommission, General Nollet, habe befriedigend darüber berichtet. Und Deutschland ist, ebenfalls nach den Worten Briands, nicht in der Lage, das Ruhrgebiet für die Herstellung von Kriegsmaterial auszunutzen, weil französische Truppen und Kanonen den Schlüssel der dortigen Lage in der Hand haben. Deutschland hat also, wie die französische Regierung selbst zugibt, nur noch das im Friedensvertrag vorgesehene Heer von 100 000 Mann, nur noch die ihm vorgeschriebene kümmerliche Bewaffnung, keine modernen Kampfmittel, keine Flugzeuge, keine schweren Geschütze. Es hat keine Waffenfabriken, keinen Generalstab, keine Möglichkeit, eine Mobilmachung vorzubereiten und nicht einmal die Möglichkeit, sich gegen Angriffe zu wehren; der Sinn des Friedensvertrages ist selbst über seinen Wortlaut hinaus erfüllt, militärische Kontrollkommissionen überwachen das wehrlose Land.

Und so ist es klar, daß Frankreich von Deutschland keinerlei Gefahr mehr droht. Aber Frankreich braucht diese deutsche Gefahr und ist bemüht, sie mit allen Mitteln der Propaganda in der ganzen Welt und im französischen Volk immer wieder zu verkünden, immer wieder darauf hinzuweisen, wie sehr das „selbst im Siege so gemäßigte Frankreich“ unter der Bedrohung durch den Deutschen leide, der noch immer nicht ehrlichen Willens und wahrhaft demokratischer Gesinnung sei. Frankreich braucht die deutsche Gefahr, weil es die Unterhaltung seines starken Heeres damit begründen will, weil es verschleiern möchte, daß es eine extrem militaristische Politik treibt, eine Politik, deren Ziel es ist, die französische Vorherrschaft über Europa unter allen Umständen zu behaupten, die Freiheit der europäischen Nationen dem französischen Machtwillen unterzuordnen und auf seine Machtstellung in Europa gestützt, in der Weltpolitik eine entscheidende Rolle zu spielen. Frankreich sieht sich am Ziele einer Jahrhunderte alten Politik und kein Nebenbuhler soll ihm seine Macht streitig machen. „Wer will Frankreich in seiner jetzigen militärischen Lage widerstehen? Wer? Niemand.“

Es hätte dieses Wortes nicht bedurft, um Frankreichs eigentliche Ziele aufleuchten zu lassen. Die Vergleiche mit der Geschichte drängen sich geradezu auf.

Wie heute, schuf sich Frankreich unter Ludwig XIV. militärische Bündnis-systeme im Osten: Schweden und Polen gegen das sich reckende Rußland und gegen Brandenburg unter dem Großen Kurfürsten, die Türkei und Ungarn gegen Österreich. Damals wie heute strebte es nach dem maßgebenden Einfluß in den spanischen Niederlanden, dem heutigen Belgien, um England durch den Besitz der Kanalküste und des östlichen Kanaleinganges seine Macht fühlen zu lassen. Und Turenne prägte das Wort, daß kein Mensch in Frankreich sorglos sein könne, solange noch ein deutscher Soldat auf dem linken Rheinufer stehe. Der Gedanke von Versailles vor 2 $\frac{1}{2}$ Jahrhunderten! Später sprach dann die Revolution klar aus, daß die Grenzen Frankreichs von der Natur gezogen seien: Ozean, Alpen, Pyrenäen, Rhein. In Napoleon I. trat wieder die Idee der tatsächlichen Beherr-

schung Europas in den Vordergrund, die dann durch den Gedanken der Welt-herrschaft erweitert wurde, zu der der Weg über die Unterwerfung Englands führte. Nach Napoleons Sturz nahm schon 1823 Chateaubriand den publizistischen Kampf für die Eroberung der Rheinlinie wieder auf. In einem 1829 dem Conseil unterbreiteten Gutachten des Ministeriums Polignac wurde, ganz wie in unseren Tagen, die Bildung eines autonomen Staates als französischer Schutzstaat aus den linksrheinischen Besitzungen Preußens ins Auge gefaßt und es heißt in dem Gutachten bezeichnend: „In der Politik der französischen Könige hat immer der Gedanke eine Rolle gespielt, in Europa die Existenz von Staaten zweiten Ranges aufrecht zu erhalten.“ Und Napoleon III. prägte die Forderung der *prépondérance légitime*. *Légitime*, gutes Recht, war für Frankreich stets das Streben nach Macht und Vorherrschaft in Europa. Frankreichs Wille soll gelten und wer sich ihm nicht unterwirft, der gefährdet den Frieden Europas und der Welt.

Diesen Überlieferungen getreu hat Briand in seiner Rede vom 11. Juli mit Bezug auf die Beziehungen zu den Bundesgenossen Frankreichs gesagt: „An dem Tage, wo die Forderung der Einmütigkeit der Verbündeten den Lebensinteressen der französischen Nation und dem vornehmsten Interesse, seiner Sicherheit, zuwiderlaufen sollte, an diesem Tage wäre keine Einmütigkeit (mit den Verbündeten) mehr möglich.“

Es bedarf keiner weiteren Beweise: Unter dem Vorwand, von Deutschland bedroht zu sein, will Frankreich sich militärisch stark erhalten, um Deutschland zu unterdrücken, die Vorherrschaft in Europa zu behaupten und, wenn die Verbündeten, insbesondere England, ihm in dieser Politik nicht freie Hand lassen, eine von ihnen unabhängige Politik zu führen.

Das französische militär-politische System stützt sich auf das Bündnis mit Belgien und Polen. Frankreich und Belgien unterhalten in Zukunft zusammen ein Friedensheer von rund 900 000 Mann, Polen hat rund 600 000 Soldaten. Frankreich und Polen sind die stärksten Militärmächte der Erde. Japan und England folgen mit 300 000 und 294 000 Mann in weitem Abstand. Selbst Rußland ist Polen zurzeit nicht überlegen. Das französisch-belgische Bündnis hat nach den Angaben der französischen und belgischen Regierungen das Ziel der Sicherung gegen einen Angriff Deutschlands. Also eine Streitmacht von vielfacher Überlegenheit, die bei einer Mobilmachung sofort auf 4 Millionen Streiter gebracht werden kann, für die Waffen und Ausrüstung in reichstem Maße vorhanden sind, gegen ein Heer von 100 000 Mann, das allein schon dem belgischen Friedensheer von 113 000 Mann unterlegen ist, aller modernen Waffen entbehrt, keine Reserven an Waffen und Ausrüstung besitzt und im Osten von 600 000 Polen bedroht ist.

Das ist doch offenbar eine unmögliche Begründung für so gewaltige Rüstungen!

Aber der französisch-belgisch-polnische Militarismus will sich ja auch gar nicht gegen Deutschland sichern — von dort droht keine Gefahr — er will Frankreichs Vorherrschaft in Europa auch gegen jede denkbare Koalition behaupten. Italien mit seinem Friedensheer von 220 000 Mann soll nicht zur eigenen Machtpolitik kommen, die kleine Entente mit einem Friedensheer von rund 590 000

Mann — Tschecho-Slowakei 190 000, Jugoslawien 170 000, Rumänien 230 000 — soll zu unabhängiger Politik ebensowenig fähig sein, wie Spanien mit einem Friedensheer von 216 000 Mann. Englands Festlandspolitik soll gelähmt werden, soweit sie nicht mit Frankreich geht. Die übrigen europäischen Staaten haben Armeen, die infolge ihrer Schwäche der französischen Machtpolitik kein Hindernis bilden können, wenn sie nicht an sich schon dem französischen Fahrwasser folgen.

So hat Frankreich ein politisches System in Europa aufgebaut, das es durch Erhaltung einer starken militärischen Macht dauernd seinem Willen unterzuordnen bestrebt ist. Und wo sich, wie im Südosten Europas in der kleinen Entente, Machtgruppierungen mit dem Ziel einer unabhängigen Politik bilden, da bemüht sich Frankreich, diese mit dem gleichen Mittel von sich abhängig zu machen, mit dem es seine Rüstungen vor der Welt begründet, mit dem Gespenst der deutschen Gefahr. Wenn dieses Schreckmittel nicht mehr verfährt, ist die französische Politik um Auskünfte nicht verlegen: neue Gegensätze werden geschaffen, selbst der Kaiser Karl muß wieder auf der politischen Bühne auftreten, *divide et impera!*

Staaten aber, die, wie Polen und Belgien, sich willig vor den französischen Siegeswagen spannen lassen, werden großmütig auf Kosten Deutschlands oder anderer Frankreich nicht genehmer Länder belohnt: Eupen und Malmédy, Oberschlesien und jüngst Litauen! — Selbstbestimmungsrecht und Freiheit der Völker — die gelten nur für Frankreichs Trabanten, niemals für Deutsche. Österreich!

Ein Problem hat freilich auch Frankreichs Gewaltpolitik nicht lösen können — in Rußland hat es trotz aller Unterstützung der Gegenrevolutionen, trotz Wrangel, trotz der polnischen Offensive nach Kiew sich nicht eine Frankreich genehme Regierung zu schaffen vermocht. Noch liegt Rußlands Zukunft im Dunkel. Ludwig XIV. schuf sich in Karl XII. von Schweden die Waffe gegen Peter den Großen, Frankreich hat Rußlands Machtbestrebungen unter Napoleon I., dann unter Napoleon III. im Krimkriege bekämpft, es war und ist sein Todfeind, wenn Rußland sich nicht zum willigen Werkzeug der Politik Frankreichs hergab, wenn es danach strebte, sein Geschick mit dem der mitteleuropäischen Staaten zu verknüpfen und damit Frankreichs Ansprüche auf Vorherrschaft zu durchkreuzen. Wenn Frankreich heute die polnische Armee durch den General Niessel ausbilden läßt, wenn es Polen mit gewaltigen Reserven an Kriegsmaterial versorgt, wenn es sich bemüht, Polen, Rumänien, die Randstaaten und die kleine Entente zu verknüpfen, so ist das letzte Ziel der Kampf gegen das kommende Rußland, falls dieses seine europäische Politik nicht den französischen Wünschen unterordnet. —

Wie immer in der Geschichte, wenn Frankreich nach Vorherrschaft strebte, kommt der europäische Erdteil nicht zur Ruhe. Das Wirtschaftsleben liegt darnieder, überall verhindert eine Willkürpolitik den Eintritt eines gesicherten staatlichen Rechtszustandes, in dem unter einem französischen General regierten ober-schlesischen Lande herrschen Anarchie, Gewalttat und ein früher nie gekannter Völkerhaß. In Deutschland selbst wirkt französischer Einfluß auf die Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze, und das letzte Ziel der Politik Frankreichs war und bleibt, Deutschland der Quellen seiner wirtschaftlichen Kraft, der Industriegebiete an der Ruhr und in Oberschlesien zu berauben, die innere Kraft des deutschen Volkes und seine Einheit zu schwächen. In Trümmer sinkt, was in mehr als vier jahrenreichen Jahrzehnten seit dem Frankfurter Frieden auf-

gebaut wurde. Bismarck ehrte im Feinde die Größe und konnte mit Brutus in Shakespeares Julius Cäsar von sich sagen: „Notwendig wird unser Werk und nicht gehässig.“ Europa blühte auf, Frankreich erwarb in Nordafrika das zweitgrößte Kolonialreich der Erde. Heute ist die Zukunft Europas dunkel. Frankreich aber rühmt sich seiner „Mäßigung“ und erklärt gleichzeitig durch seinen Ministerpräsidenten seine Bereitschaft zu neuen „Sanktionen“.

Frankreich hält Europa in Gärung, um zu herrschen. Es maßt sich an, Richter zu sein über alle anderen. Nicht Deutschland ist die Gefahr für den Weltfrieden und den Wiederaufbau Europas. Aber in Frankreich lebt der Geist Ludwigs XIV. und Napoleons I. und bedroht die Freiheit der Völker Europas.



Bülow in Rom

Von Fritz Kern



u den niederdrückenden Symptomen unserer Lage gehört die geringe Neigung der Gebildeten unseres Volkes, aus der Geschichte zu lernen. Was haben die Franzosen in Zeiten des Unglücks Geschichte studiert, um ihre Fehler zu entdecken und auszugleichen! Die Deutschen unseres Jahrhunderts haben sich nicht nur wie die Blinden des Breughelschen Bildes von blinden Führern ahnungslos in den Abgrund führen lassen; sondern auch jetzt, da wir im Graben liegen, reiben wir uns nicht die Augen aus, vielmehr sucht der eine den Schlummer des Vergessens, der andere die Wohltat des Schimpfens, der dritte erklärt den Graben für das Wahre. Wir hätten vielen Anlaß, uns mit dem Wenigen zu beschäftigen, was uns in der Düsternis als Fünkeln politisch-geschichtlicher Einsicht geblieben ist. Eines der erfreulichsten Bücher erscheint mir unter diesem Gesichtspunkt die Arbeit, in welcher Dr. Wilhelm Spickernagel die Persönlichkeit, die auswärtige und innere Politik des Fürsten Bülow während seiner Kanzlerzeit, seine Beziehungen zu Bassermann, die Novembertage 1908, die Kanzlerkrisis von 1917 und, worauf ich hier allein eingehen möchte, die römische Mission des Fürsten im Winter 1914/15 behandelt.*) Wie man sieht, kein abschließendes Werk, aber eine Heraushebung wichtiger Knotenpunkte aus Bülows Geschichte, und trotz skizzenhafter Behandlung von außergewöhnlichem politischen Verständnis getragen. Es darf daran erinnert werden, daß die erste wirkliche Geschichte Bülows seinerzeit von einem Franzosen geschrieben wurde. Ihr Verfasser, Tardieu, ist

*) Dr. Wilhelm Spickernagel, Fürst Bülow. 1.—3. Tausend. Alster-Verlag, Hamburg. 1921.